

Nach dem Wärmepumpendesaster kommt der Dämmhammer

Ab 2033 müssen alle Gebäude die Energieeffizienzklasse D erreichen

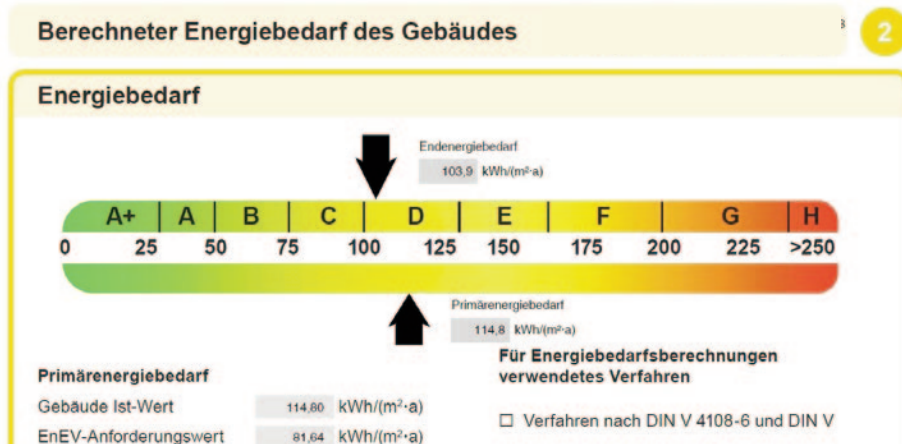
von Prof. Fritz Vahrenholt

Am 9. März 2023 war für Robert Habeck die Welt noch in Ordnung. Sein Staatssekretär hiess noch Graichen und der Zorn der Bürger über die Übergriffe des Ministers in deutsche Heizungskeller war noch nicht spürbar.

Damals kündigte er schon den zweiten Angriff auf die deutschen Heime und Häuser an. In seinem Werkstattbericht „Wohlstand klimaneutral erneuern“ kündigte er an, dass „die EU-Gebäuderichtlinie, insbesondere die dort enthaltenen Mindesteffizienzstandards zügig umgesetzt werden“.

Worum geht es dabei? Das Europäische Parlament hat mit Mehrheit beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2030 sämtliche Gebäude die Gesamtenergieeffizienzklasse E und ab 2033 die Effizienzklasse D erreichen müssen. Damit besteht eine Sanierungspflicht von sechs Millionen Häusern bis 2033 in Deutschland, wie der Europaabgeordnete Pieper (CDU) berichtete. „Die Ersparnisse bei den Energierechnungen kompensieren die Sanierungskosten nicht annähernd“, stellt Axel Gedaschko fest, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW): „Die fälligen Investitionen würden sich auf jährlich mindestens 125 Milliarden Euro belaufen.“ Eines ist unabweisbar: Damit würde Wohnen ein weiteres Mal erheblich verteuert, aber auch Investitionen in neue Wohnungen unwirtschaftlicher.

Man fragt sich wirklich, was die handelnden politischen Kräfte bewegt: In einer eklatanten Energiepreiskrise, in einer dramatischen Wohnungsknappheit bei anhaltend hohem ungesteuertem Zuwanderungsdruck Wohnungseigentum unter dem Banner des Klimaschutzes massiv zu verteuern – das kann man nur



mit einer unglaublich weiten Distanz zu den Problemen der Bürger des eigenen Landes erklären.

Habeck und die EU nehmen nicht einmal zur Kenntnis, dass Deutschland einen der besten Energieeffizienzstandards des Wohnungsbestandes in Europa hat. Aber die Standards sind unterschiedlich. Was in Deutschland einem Effizienzstandard G entspricht, ist in den Niederlanden ein C und in Frankreich noch ein D. Deutschland müsste also mehr tun als andere Länder, obwohl es den besseren Standard hat. Aber deutsches CO₂ – das haben wir mittlerweile gelernt – ist aus grüner Sicht viel schlimmer als das CO₂ aus anderen Ländern, sei es aus Niederlanden oder aus China.

Die Begründung, den CO₂-Ausstoss von Wohnungen durch drastische Verbote und Gebote zu regeln, kommt von grüner Seite mit folgendem scheinheiligem Argument: Man wolle die Verbraucher durch Dämmung- und Wärmepumpenvorschriften schützen, da die CO₂-Preise stark ansteigen werden. Kosten von 16 000 Euro für eine Gasheizung eines 4-Personen-Haushalts werden durch die grüne Bundestagsfraktion an die Wand gemalt. Tatsächlich plant die EU einen CO₂-Emissionshandel auch für Ge-

bäude und Verkehr ab 2027. Allerdings hat die EU Vorkehrungen getroffen, dass die Abgabe nicht über 45 Euro pro t CO₂ steigen wird.

Bislang gibt es nur in einzelnen Ländern eigene CO₂-Abgaben für Gebäude und Verkehr, darunter Deutschland und Österreich. Die CO₂-Abgabe ist zur Zeit auf 30 Euro begrenzt und soll bis 2025 auf 45 Euro/t CO₂ ansteigen. Kaum vorstellbar, dass Deutschland seinen Bürgern in Zukunft mehr abverlangen will, als die europäische Norm für 2027 vorschreibt. Die Abgabe belastet Erdgas zur Zeit mit 0,54 Euro ct/kWh. Das werden dann langfristig eher 0,8 Euro ct/kWh sein – ärgerlich genug, aber nicht einmal eine Zusatzbelastung von zehn Prozent des heutigen Gaspreises. Kein Grund also die Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen und mit Gasrechnungen von 16 000 Euro pro Jahr zu drohen, zumal der CO₂-Preis in der Hand der Bundesregierung liegt. Wie nennt man eine solche politische Kommunikation? Scheinheilig? Oder besser hinterhältig?

Ich habe jedenfalls in den vergangenen Wochen einen funkelneuen Gas-Brennwertkessel für mein Haus bestellt und vermeide damit mehr CO₂ im Winter als die CO₂-belastete Wärmepumpe des Robert Habeck.